



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit

COM(2021) 780 final

BR-Drs. 4/22

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

### Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist der [Vorschlag für eine Empfehlung des Rates](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Mit dem Vorschlag wird das Ziel verfolgt, die Effektivität der grenzüberschreitenden operativen polizeilichen Zusammenarbeit durch Schaffung gemeinsamer Standards zu verbessern. So sollen die Regelungen zu grenzüberschreitenden Operationen - insbesondere zur Nacheile, zur grenzüberschreitenden Observation, zur gemeinsamen Streife und zu anderen gemeinsamen Einsätzen - klarer und einheitlicher gestaltet werden.

Zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel sollen gemeinsame Streifen und Operationen zielgerichtet durchgeführt werden.

Die Rolle und Zuständigkeiten der Gemeinsamen Zentren sollen ausgeweitet werden.

Der Zugriff von Polizeibeamten in Einsatzsituationen auf Datenbanken und die sichere direkte Kommunikation zwischen Polizeibeamten verschiedener Mitgliedstaaten sollen gewährleistet werden.

Eine bessere Koordinierung grenzüberschreitender Einsätze soll - unterstützt durch die EU-Kommission und Europol - über eine gemeinsame EU-Plattform erfolgen.

Gemeinsame Trainings- und Austauschprogramme sollen ausgeweitet werden.

Aus polizeifachlicher Sicht schaffen die vorgesehenen Standards Handlungssicherheit. Die bereits enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den anderen europäischen Staaten sollte dadurch weiter verbessert werden.